

NEWSLETTER 06 Netzwerk Grundeinkommen

Zwei Fragen an Katja Kipping, stv. Bundesvorsitzende der PDS und Sprecherin des Netzwerks Grundeinkommen:

Newsletter Grundeinkommen: Welche Rolle wird die BGE-Forderungen in einem gemeinsamen Wahlprogramm der PDS/WASG spielen?

Katja Kipping: Naja, das Wahlprogramm befindet sich ja noch in der Erarbeitung und wird erst im August auf einem Bundesparteitag beschlossen. Das ganze braucht noch einige Wochen, da dieses Programm ja nicht eine reine Kopfgeburt eines Parteivorstandes werden soll, sondern von beiden Parteien diskutiert werden soll. In den Schwerpunkten, die bisher von der PDS vorgeschlagen wurden, sind zumindest die bedarfsorientierte soziale Grundsicherung sowie die Rente mit Grundbetrag enthalten. Dabei zeichnet sich die soziale Grundsicherung, wie sie bisher von der PDS vertreten wurde, durch Individualbezug und eine Absage an demütigende Bedarfsprüfung sowie an die Zumutbarkeitskriterien aus und liegt bei mindestens 750 Euro. Das sind Schritte in die richtige Richtung, auch wenn sie mir natürlich nicht weit genug gehen. Insofern bin ich froh, dass sich in der PDS eine Gruppe gefunden hat, die gerade eine Bundesarbeitsgemeinschaft Grundeinkommen gründet und die auch auf den Bundesparteitag für das Grundeinkommen werben wird.

Newsletter Grundeinkommen: Bei diesem Wahlkampf dreht sich nahezu alles um das Thema Arbeit bzw. die „Bekämpfung der Arbeitslosigkeit“. Besteht bei der Dominanz dieses Themas überhaupt irgendeine Chance, dass die Forderung nach einem BGE Gehör und Beachtung findet?

Katja Kipping: Gegen den Mainstream des unreflektierten Arbeitsfetisch zu argumentieren ist niemals ein Kaffeekränzchen - auch außerhalb von Wahlkampfzeiten. Was aber auf jeden Fall auch in diesem Wahlkampf möglich ist und womit ich auch schon gute Erfahrungen gemacht habe ist, folgende drei Aspekte in den Diskurs einzubringen: Erstens geht es eben nicht um Arbeit um jeden Preis. Wenn sich Politiker vom neoliberalen Propagandainstitut, der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft, eintrichtern lassen, *sozial sei, was Arbeit schafft*, da muss man deutlich dagegen halten. Nach dieser Logik wäre schließlich Kinderarbeit oder Sklavenarbeit sozial. Weiterhin kann man selbst in einer verkürzten Wahlkampfauseinandersetzung verdeutlichen, dass nicht jede Erwerbsarbeit tatsächlich Werte für die Gesellschaft schafft. Arbeitsplätze in der Rüstungsindustrie beispielsweise sind Arbeitsplätze, auf die wir gut verzichten können. Andererseits gibt es Tätigkeiten, die werden nicht entlohnt und bereichern diese Gesellschaft. Das ist ein Anknüpfungspunkt für die Überlegung „Diäten für alle“. Und drittens wird es unsere Aufgabe sein, deutlich zu machen,

jeder Mensch hat recht auf ein Leben in Würde – einfach weil er ein Mensch ist. Solch ein Gerechtigkeitsverständnis stellt eine bessere Grundlage für die Debatte um die schrittweise Einführung des Grundeinkommens dar als die neoliberale Leistungsgerechtigkeit.